



MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe Mai 2025



Foto: IG Metall

GEWERKSCHAFTEN SIND UND BLEIBEN EIN MACHTFAKTOR

VON MARTIN JANDT

Liebe Genoss*innen,

Zum Tag der Arbeit fordert die IG Metall Erlangen von den Unternehmen ein Bekenntnis zur Region und ihren Beschäftigten. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag begünstigt und fördert Unternehmen. Diese zugesagte Sicherheit muss bei den Beschäftigten ankommen. Gewinner dürfen mit Entlastungen bei Strom und Steuer nicht Aktionäre und Firmenbosse sein, Gewinner müssen die Beschäftigten hier vor Ort mit Zukunftsgarantien sein. Einen starken Standort gibt es nur mit starken Beschäftigten.

Den Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung nennt die IG Metall eine wichtige Grundlage für gute Arbeit. Gewerkschaften haben erfolgreich Druck gemacht, dass die industrielle Infrastruktur mit Investitionen jetzt gestärkt werden kann.

Wir müssen den Druck aber aufrechterhalten. Wir können es nicht zulassen, dass die Arbeitgeberlobby sich im wirtschaftlichen Wandel mit weiterer Verunsicherung durchsetzt.



Martin Jandt,
Betriebsratsvorsitzender Siemens AG

Als positiv und Erfolg gewerkschaftlichen Engagements im Koalitionsvertrag nennt die IG Metall den geplanten Ausbau der Elektromobilität sowie der Energieversorgung und günstigere Strompreise für Unternehmen und Haushalte. Auch ein in Aussicht gestelltes Gesetz für tariftreue Unternehmen und ein besserer digitaler Zugang für Gewerkschaften in Unternehmen, lobt die IG Metall.

TAG DER ARBEIT 2025: GEH MIT UNS AM 1. MAI AUF DIE STRASSE

Tag der Arbeit, Maifeiertag, Kampftag der Arbeiter: Am 1. Mai 2025 rufen wir, der Deutsche Gewerkschaftsbund, und unsere Mitglieds-gewerkschaften, zu bundesweiten Kundgebungen auf. Unter dem Mot-

>> Seite 3

TERMINE

01.05.	9:00	SPD-Stand zur Erlanger Rädli	AWO im Röthelheimpark, Allee am Röthelheimpark 60	
01.05.	9:00	Heraus zum 1. Mai!	Neustäder Kirchplatz	
05.05.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 8
06.05.	19:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Brückenpaulus, Pizzeria Romano, Schronfeld 74	S. 22
06.05.	19:30	Jusos: Bar-Abend im Kanapee mit OB Florian Janik	Kanapee, Neue Str. 50	S. 22
07.05.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Gasthaus „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 19
07.05.	20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	Gasthof Gütlein, Dorfstr. 14	S. 22
08.05.	20:00	Kreismitgliederversammlung Thema: Wohnraum für Azubis	ZSL Erlangen, Luitpoldstr. 38	S. 13
12.05.	20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 8
13.05.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Str. 5	S. 22
14.05.	19:00	Distrikt Innenstadt: Distriktssitzung	Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt, Hauptstraße 48	S. 20
14.05.	20:00	Distrikt Süd: Distriktssitzung	Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1	S. 19
19.05.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 8
19.05.	19:30	Diskussionstraining	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Str. 5	
21.05.	15:00	Sitzung der AG 60+	Thalermühle	S. 23
24.05.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 5
24.05.	15:00	Distrikt West: Besichtigung Wohnprojekt „Raumteiler“	Rodensteinweg	S. 16
26.05.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 8
27.05.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Str. 5	S. 22
28.05.	19:00	SPD-Frauen: Podiumsdiskussion zur Frauen*gesundheit	Kreuz + Quer, Bohlenplatz 1	S. 24
04.06.	20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	Gasthof Gütlein, Dorfstr. 14	S. 22

to "Mach dich stark mit uns!" gehen wir am 1. Mai 2025 auf die Straße, um unsere Stimme für eine gerechte Arbeitswelt zu erheben.

Damit machen wir ein attraktives Angebot: Mit uns kämpft niemand allein – eine starke Gemeinschaft macht auch jede*n Einzelne*n stärker.

Wir Gewerkschaften sind und bleiben ein Machtfaktor, in den Betrieben und in der Politik. Wir haben uns im Bundestagswahlkampf eingemischt und klar gemacht, was wichtig ist: Eine starke Wirtschaft, gute Arbeit und soziale Sicherheit. Lange haben wir eine Reform der Schuldenbremse gefordert. Dass im März noch ein großes Sondervermö-

gen für Infrastruktur beschlossen wurde, ist auch ein Verdienst der Gewerkschaftsbewegung.

SPD ERLANGEN DISKUTIERT KOALITIONSVERTRAG:

GABRIELA HEINRICH STELLT SICH DEN FRAGEN DER BASIS

VON VOLKER LANG

Die beiden Kreisverbände und der SPD-Unterbezirk Erlangen luden zu einer wichtigen Diskussionsveranstaltung ein, bei der der umstrittene Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU im Mittelpunkt stand. Ein besonderer Gast war Gabriela Heinrich, die neue Betreuungsabgeordnete für den Unterbezirk Erlangen aus Nürnberg. Sie stellte den etwa 40 Genossinnen und Genossen im Hallerhof in Buckenhof die wichtigsten Themen des Vertragswerks vor, bewertete diese und erläuterte die Hintergründe.

Gabriela Heinrich nahm sich die Zeit, die Stärken und Schwächen der Vereinbarung detailliert hervorzuheben. Sie beleuchtete die sozialen Aspekte, wie die Erhöhung des Mindestlohns und die Rentenpolitik, ebenso wie die finanz- und europapolitischen Dimensionen des Vertrags. Dabei scheute sie sich nicht, auch die kritischen Punkte anzusprechen und die Kompromisse, die die SPD eingehen musste, offen zu benennen.

Im Anschluss an ihren Vortrag stand Gabriela Heinrich den Mitgliedern



für eine ausgiebige Fragerunde zur Verfügung. Die Anwesenden nutzten die Gelegenheit, ihre Meinungen und Bedenken zu äußern, und stellten auch kritische Fragen. Gabriela Heinrich antwortete offen und klar, und legte Wert darauf, dass die genannten alternativen zur Koalition mit der Union, aus Sicht der Partei, schlechtere Alternativen seien. Sie argumentierte, dass die SPD in der Regierung wichtige sozialdemokratische Ziele besser durchsetzen könne als in der Opposition.

Die lebhafteste Diskussion zeigte, dass die SPD-Mitglieder in Erlangen und Erlangen-Höchstadt sich viel Gedanken zu einer erneuten Koalition mit der Union machen und dabei zwar Chancen sehen, aber auch Bedenken haben. Die offene und transparente Art, mit der Gabriela Heinrich die Fragen beantwortete, trug dazu bei, dass die Mitglieder sich noch in der Entscheidungsfrist ein umfassendes Bild vom Koalitionsvertrag machen konnten.

WÜRDIGUNG DER SPD ZUM 65. GEBURTSTAG VON GÜNTER LAURER

VON VOLKER LANG

Lieber Günter,

in diesem Monat feiern wir mit dir ein echtes Original und einen verlässlichen Pfeiler der Erlanger SPD. Zu deinem 65. Geburtstag, lieber Günter, möchten wir von der SPD dir von Herzen gratulieren und dir für dein unermüdliches Engagement danken.

Seit 1990 bist du Mitglied im Kreisverband Erlangen und hast dich inzwischen als unverzichtbar erwiesen. Besonders seit 2003, als du die Rolle des Kassiers übernommen hast – und das nicht nur im Kreisverband, sondern auch im Unterbezirk. Mit eiserner Disziplin wachst du über unsere Finanzen, mahnst zur Einhaltung der Budgets und sorgst dafür, dass die SPD finanziell auf soliden Beinen steht. Ohne dich, Günter, wären wir wohl nicht so gut aufgestellt – dafür gebührt dir unser tiefster Respekt und Dank!

Neben deiner akribischen Arbeit hast



du aber auch eine ganz besondere Marotte, die mir persönlich schon auf meiner ersten SPD-Sitzung 2007 im Distrikt Süd aufgefallen ist: Deine Bestellung von gleich zwei großen Cola Light auf einmal. Das ist längst dein Markenzeichen geworden. Bei konservativ gerechneten zwei Sitzungen pro Monat und deiner langen Parteimitgliedschaft seit 1990 reden wir hier von einer stattlichen

Menge. Hochgerechnet auf 35 Jahre ergibt das rund 840 Sitzungen – und damit etwa 1680 Cola Light! Wenn das kein Grund für einen Toast ist – natürlich mit Cola Light – dann wissen wir auch nicht weiter.

Beruflich bist du als Personalrat in einem Bereich tätig, der für uns als SPD von zentraler Bedeutung ist. Die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ist immer noch das Herz der Sozialdemokratie! Deine Erfahrung und deine klare Stimme bringen Gewicht in unsere Diskussionen hier in Erlangen. Du bist nicht nur unser oberster Finanzverwalter, sondern auch ein Genosse, der mit Herz und Verstand für unsere Werte einsteht. Lieber Günter, zu deinem 65. Geburtstag wünschen wir dir Gesundheit, Freude und weiterhin viel Energie – für die SPD und natürlich für deine Cola-Light-Momente. Auf viele weitere Jahre mit dir!

Mit solidarischen Grüßen,
für die SPD Erlangen
Volker Lang

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Mo geschlossen
Di 17:00 - 19:00 Uhr
Mi 08:00 - 11:30 Uhr
Do geschlossen
Fr 08:00 - 11:30 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten:
Mo 09:00 - 13:00 Uhr
Di 09:00 - 13:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 09:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Monika Fath-Kelling,
Jörg Hahn, Clemens Heydenreich,
Sana Hummady, Katrin Hurler, Pia
Jacobi, Martin Jandt, Florian Janik,
Felix Klingert, Andrea Kreh, Volker
Lang, Wolfgang Niclas, Sandra Radue,
Andreas Richter, Rolf Schowalter, Harry
Schreyer, Christian Stiegler, Felizitas
Traub-Eichhorn, Sophia Waldmann

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück



WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

01.05. Dieter Beck
72 Jahre

02.05. Silvia Schäfer
69 Jahre

03.05. Soraya Löwe-Pagels
69 Jahre

06.05. Ursula Lanig
72 Jahre

08.05. Günter Braun
86 Jahre

10.05. Birgit Hartwig
67 Jahre

10.05. Susanne Korte
65 Jahre

12.05. Felix Wosnitza
82 Jahre

12.05. Dr. Michael Stoisie
79 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
78 Jahre

16.05. Gudrun Mühlhofer
74 Jahre

17.05. Ute Preuß
85 Jahre

17.05. Wiebke Schmielau
76 Jahre

18.05. Günter Laurer
65 Jahre

25.05. Rohland Opfermann
75 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
86 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
79 Jahre

27.05. Jürgen Theuerkauf
73 Jahre

27.05. Karin Sichel
83 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
78 Jahre

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
Juni 2025

24. Mai 2025

STEFAN BARTH: AKTIV BIS ZUM SCHLUSS

VON FELIZITAS TRAUB-EICHHORN

„Herrenfahrten in den Osten“ war der Titel von Stefans letztem Text im April-Monatsspiegel. Als der rauskam, war Stefan schon tot: Er starb am 27.3.2025. Gerade das Schreiben war nach dem Eintritt in den Ruhestand zu seiner großen Leidenschaft geworden. Die 11 Bücher, die er insgesamt verfasste, wurden gespeist durch seine Erlebnisse in der Kindheit und Jugend, die er als gebürtiger Donauschwabe in Serbien verbrachte. 1937 wurde er in Futok, in der Nähe von Novi Sad, auf einem Bauernhof geboren.

Die Familie wurde 1944 vertrieben, die Eltern kamen zunächst in ein Konzentrationslager und wurden dann zu Zwangsarbeit in einem Bergwerk verpflichtet. Erst nachdem Stefan 1957 das Abitur in Novi Sad abgelegt hatte, reiste die Familie nach Darmstadt aus. Dort studierte Stefan Elektrotechnik und arbeitete anschließend bei Siemens.

1969 zog die junge Familie mit ihren drei Kindern nach Erlangen und wohnte fortan in der Reuth. Er verfasste gerne anekdotische Texte, die gespeist wurden durch seine Biografie, die vielen Erfahrungen im Laufe seines langen Lebens. Doch auch faktische Texte lagen ihm. Er arbei-



tete sich akribisch ein in Themen, die ihn interessierten, vor allem Umwelt und Verkehr. Die StUB lag ihm dabei genauso am Herzen wie die Verschmutzung des Grundwassers durch Zigarettenkippen. Anteil nahm er an der großen Politik genauso wie an der Stadtpolitik, was ihn zu einem eifrigen Leserbriefschreiber werden ließ. Doch auch das Singen war eine seiner großen Leidenschaften. Bis zum Schluss sang er im Kosbacher Stad' l Chor. Für uns im Distrikt West war Stefan eine feste Größe, zuverlässig bei Aktionen und beim Austeilen. Er war kritisch, aber immer loyal. 1969 trat

er wegen der Rufmordkampagne der CDU/CSU gegen Gustav Heinemann spontan in die SPD ein. Von 1978 bis 1990, also zwei Legislaturperioden, war er im Erlanger Stadtrat. Sein Herzensanliegen waren die Städtepartnerschaften mit Wladimir und Jena.

Ein kurzer Ausschnitt seiner Vita:

- Studium der Elektrotechnik in Darmstadt
- 1969 Umzug nach Erlangen
- 1969 wurde Gustav Heinemann als erster Sozialdemokrat nach dem Krieg zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er antwortete auf die Frage, ob er seinen Staat liebe: „Ich liebe meine Frau.“ Wegen der Rufmordkampagne der CDU/CSU gegen Gustav Heinemann trat ich am 12. Februar 1969 spontan in die SPD ein. Ich dachte dabei auch den Verlust der SPD, durch den Tod des alten Nachbarn, zu ersetzen. Meine erste Aufgabe in der SPD war die Mitgliedsbeiträge bei den Mitgliedern in der Wohnung zu kassieren.
- Mitglied des Erlanger Stadtrats von 1978 bis 1990



Eintrittskarten günstiger?

– gerne!

Für unsere Kunden haben wir Kundenvorteile bei unseren Partnern gesammelt.

Einfach vergünstigte Eintrittskarten über den Rabatt-Link auf unserer Homepage kaufen.

Über unsere Social Media Kanäle informieren wir regelmäßig über neue Vorteile oder Verlosungen.

Homepage
www.sparkasse-erlangen.de/kundenvorteile

Facebook
www.facebook.com/sparkasse.erlangen

Instagram
[@sparkasse_erlangen](https://www.instagram.com/sparkasse_erlangen)



sparkasse-erlangen.de/kundenvorteile

EURE STIMME FÜR DIE UNIKLINIK, FÜR UNSER STADTKRANKENHAUS

VON FLORIAN JANIK

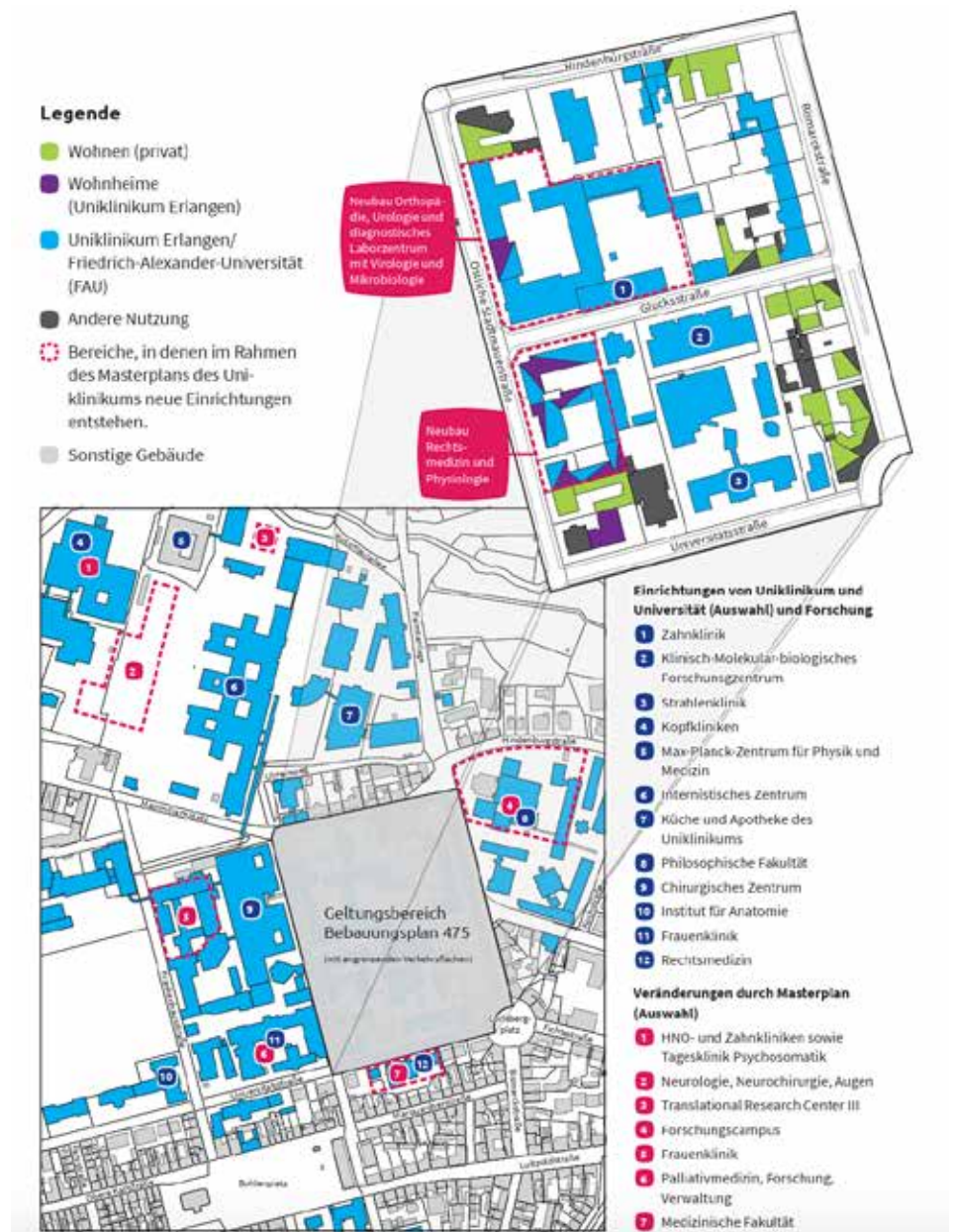
Nicht einmal ein Jahr nach dem Bürgerentscheid über die Stadt-Umland-Bahn geht es erneut bei einem Bürgerentscheid um ein wichtiges Stück Stadtentwicklung und Standortentwicklung: Am 29. Juni findet ein Bürgerentscheid über die künftige Entwicklung im Gebiet zwischen Bismarckstraße, Hindenburgstraße, Universitätsstraße und Östlicher Stadtmauerstraße statt. Im Kern geht es dabei darum, ob unser Universitätsklinikum sich so weiter entwickeln kann, wie es für das Klinikum und seine vielen Patientinnen und Patienten richtig ist. Ich bin überzeugt: Das sollte das Klinikum tun können und dafür bitte ich euch um Eure Unterstützung. Stimmt mit „Nein“ beim Bürgerentscheid!

Worum geht es also am 29. Juni? Es geht um unser Universitätsklinikum. Es hat einen Masterplan erstellt, mit dem es sich fit für die Zukunft machen möchte.

Es geht darum, weiterhin die beste medizinische Versorgung bieten zu können. Für Patientinnen und Patienten aus ganz Nordbayern, aber auch für uns Erlangerinnen und Erlanger. Es ist auch unser Stadtkrankenhaus. Und es leistet Tag für Tag hervorragende Arbeit zum Wohle von uns allen.

Es geht darum, dass sich das Klinikum weiterentwickelt. Denn auch Medizin und medizinische Forschung entwickeln sich ständig weiter. Krankenhäuser müssen Schritt halten. Große Krankenhäuser wie unseres werden in Zukunft noch wichtiger sein. Sie sind besonders auf eine optimale Betriebsorganisation und kurze Wege angewiesen.

Es geht darum, dass unser Klinikum weiterhin wirtschaftlich so erfolgreich bleibt. Es ist mit fast 10.000 Mitarbeitenden ein sehr wichtiger Arbeitgeber und damit ein Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt. Hier werden künftige Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger und viele andere Menschen ausgebildet. Es ist Teil des Medizinstandorts Erlangen. Hier findet nicht nur exzellen-



te Gesundheitsversorgung, sondern auch Spitzenforschung statt, die in ganz Deutschland und darüber hinaus Beachtung findet.

Der Masterplan sieht vereinfacht gesagt folgendermaßen aus: Im Zentrum des Krankenhauses sollen alle Einrichtungen konzentriert werden, die für die unmittelbare Versorgung der Patient*innen wichtig sind. Anschließend an diesen Kern sollen die Einrichtungen liegen, die direkten Bezug zur Krankenversorgung haben, wie zum Beispiel Patient*innennahe Forschung und IT. Andere Bereiche sollen im dritten Kreis angesiedelt werden. Dazu gehören zum Beispiel Wohnheime für Pflegepersonal.

Praktisch bedeutet das eine ganze Reihe von baulichen Maßnahmen. Und innerhalb der Innenstand sind diese nicht einfach umzusetzen, da Platz nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Viele der Neubauten könnt ihr heute schon sehen: Das operative Zentrum wurde neu gebaut. Im Norden entstehen mit den TRCs und dem den Max-Planck-Zentrum Forschungsgebäude, die Erlangen weltweit in die erste Liga der medizinischen Spitzenforschung bringen. Andere Entwicklungen stehen noch aus: Die Rechtsmedizin ist veraltet, die Frauenklinik soll verlagert und die Kopfkliniken neu gebaut werden, dort soll dann auch die HNO-Klinik untergebracht werden.

Im Zuge dieser Entwicklungen plant das Klinikum auch die Umwandlung von Wohnheimen für Auszubildende in der Östlichen Stadtmauerstraße. Statt der Wohnheime sollen dort künftig zum Beispiel die Urologie, die Rechtsmedizin und das Zentrallabor untergebracht werden. Das alles sind langfristige Maßnahmen, für die derzeit keine Mittel im Haushalt des Freistaates vorgesehen sind. Auf absehbare Zeit passiert dort also erstmal nicht, unabhängig davon, wie der Entscheid ausgeht. Dennoch richtet sich genau gegen die zukünftige Entwicklung unseres Klinikums das Bürgerbegehren: Es sieht vor, den Wohnraum an der Stelle um jeden Preis zu erhalten.

Ich sage euch an dieser Stelle ganz klar: Ich teile das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Es waren und sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in dieser Stadt immer dann, wenn wir Verantwortung tragen, bezahlbaren Wohnraum schaffen. Fast 5200 Wohnungen sind in Erlangen seit 2014 neu gebaut worden. Wir haben die Quote für geförderten Wohnungsbau eingeführt, mit der wir Wohnungsbauunternehmen dazu zwingen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir haben

damit den Trend umgekehrt: Erlangen ist eine der ganz wenigen Städte in Deutschland, in denen in den vergangenen Jahren die Zahl der geförderten Wohnungen gestiegen ist. Und auch das Klinikum trägt dazu bei: Es hat Wohnungen in der Elisabethstraße und in Spardorf gebaut und auch in Büchenbach entstehen demnächst weitere Wohnungen. Das Klinikum wird seiner Verantwortung damit gerecht, Wohnraum für Personal zu schaffen. Darauf ist es angesichts des Fachkräftemangels auch dringend angewiesen.

Aber ich sage euch auch ganz klar: Ich möchte auch alles dafür tun, dass unser Klinikum weiterhin so gute Arbeit macht. Und ich habe auch das Ziel, den Standort zu stärken. Wer hier um jeden Preis den wenigen Wohnraum erhält, denkt zu kurz. Ich möchte nicht, dass wir bezahlbare Wohnungen gegen Standortentwicklungen ausspielen. Ich möchte beides in unserer Stadt haben und ich halte die geringen Veränderungen, die der Masterplan im Bereich des klinischen Wohnens für Auszubildende auslöst, für absolut vertretbar, wenn man in Betracht zieht, was wir dafür bekommen: Ein auch in Zukunft funktionierendes Klinikum, das für die Zukunft bestmög-

lich aufgestellt ist – zum Wohle der Patient*innen! Denn wenn die Ziele des Masterplans nicht erreicht werden, bedeutet das einen Rückschritt für das Uniklinikum und die Versorgung der Patient*innen.

Liebe Genossinnen und Genossen, als SPD haben wir die Stadt als Ganzes im Blick. Als SPD sorgen wir für Zukunft und Zusammenhalt in unserer Stadt. Zukunft, denn wir stärken den Standort Erlangen. Wir bauen die Infrastruktur aus und fördern und ermöglichen Entwicklungen: Am Siemens Campus, an der FAU, rund um Siemens F80, aber eben auch am Uniklinikum. Zusammenhalt, denn wir sorgen dafür, dass möglichst alle vom Wohlstand profitieren, zum Beispiel indem wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, damit sich alle Menschen das Leben in Erlangen auch leisten können. Zukunft und Zusammenhalt, das gehört zusammen, und das gibt es nur mit der SPD. Deswegen bitte ich euch um eure Unterstützung im Bürgerentscheid. Kommt an die Infostände, überzeugt andere, seid in den sozialen Medien aktiv und vor allem: Nein am 29. Juni!

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beraten über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalangelegenheiten der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehend die Termine:

05.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
12.05. 20:00 Konferenzraum im 14. OG
19.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
26.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro

(spd.fraktion@stadt.erlangen.de / 09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet.

Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, das ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.

ÄNDERUNGEN BEIM BÜRGERGELD

VON ANDREA KREH

Gut kann ich mich noch daran erinnern, als das Arbeitslosengeld 2 eingeführt wurde. Es wurde meistens „Hartz IV“ genannt (nach Peter Hartz. Wer kennt ihn nicht?). Es war die 4. Hartz-Reform, aber keiner kann sich an Hartz I bis III entsinnen. Aber das nur am Rande.

Vorher gab es Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hing vom vorherigen Einkommen ab. Dabei wurde ALG je nach Dauer der Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung eine begrenzte Zeit gezahlt, Arbeitslosenhilfe dauerhaft. Im Unterschied dazu bekamen Menschen, die nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten, Sozialhilfe je nach ihrer Bedürftigkeit.

Der entscheidende Unterschied war also: Hat jemand vor der Arbeitslosigkeit versicherungspflichtig gearbeitet oder nicht?

Seit der Agenda 2010 ist das anders. Nach Ablauf des Arbeitslosengeldes sind Menschen, die berufstätig waren, denen, die nicht versicherungspflichtig gearbeitet haben, gleichgestellt. Das führt auch bei einem vorher guten Einkommen schnell zur Verarmung. Zudem mussten Werte wie beispielsweise Lebensversicherungen (Stichwort Altersvorsorge!) oder Erbstücke wie beispielsweise ein Flügel zuerst zu Geld gemacht werden, bevor man als bedürftig galt. Selbst ein Auto durfte nicht in jedem Fall behalten werden. Auch wenn das Bürgergeld an dieser Stelle in die richtige Richtung geht:

Am Grundsatz ändert sich nichts. Es wird immer noch nicht unterschieden zwischen Menschen, die gearbeitet haben oder nicht gearbeitet haben.

Außerdem gibt es seit Einführung von ALG 2 die sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“. Das heißt: Wenn Menschen zusammenleben, wird das gesamte Einkommen des Haushalts berücksichtigt. Das führte zu der absurden Situation, dass Paare in getrennte Wohnungen zogen. Selbstverständlich wurde dies von Amtspersonen kontrolliert: Stehen eventuell zwei Zahnbürsten im Bad? Finden sich im Kleiderschrank Kleidungsstücke eines anderen?

Abgesehen von diesem schlimmen Eingriff in die Privatsphäre kostete das natürlich viel Arbeitskraft und damit Steuergeld! Die kontrollierenden MitarbeiterInnen setzten schließlich ihre Arbeitszeit ein für die Kontrolle. Dabei standen Aufwand und Ertrag in keinerlei Verhältnis.

Und jetzt soll es den „Totalverweigerern“ von „zumutbarer“ Arbeit an den Kragen gehen. Wieder müsste kontrolliert werden, werden MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur viel Zeit damit verbringen, in die Privatsphäre von Menschen einzudringen: Ist der Bürgergeldempfänger wirklich krank? Arbeitet die Bürgergeldempfängerin vielleicht schwarz? Dies ist durch erheblichen personellen Aufwand sicher feststellbar. Aber auch hier stehen Aufwand und Nutzen in keinerlei Verhältnis. Das ist, wie wenn man eine Mahnung

über 25 Cent bekommt, aber die Briefmarke 95 Cent kostet.

Mein Fazit: Lasst den Quatsch, wenn ihr Steuergeld sparen wollt! Von mir aus füttern wir die „Totalverweigerer“ durch, bevor sie kriminell werden, denn freiwillig verhungert ist noch niemand. Es geht um geschätzt 14000 Menschen (laut Paritätischem Wohlfahrtsverband). Die werden auch nicht arbeiten gehen, wenn ihnen das Bürgergeld (und grundgesetzwidrig auch die Wohnung) entzogen wird. Wir produzieren Kriminelle und Obdachlose. Und das wird teuer!

Aber ich kritisiere vor allem, dass auch in Zukunft nicht unterschieden werden soll zwischen Menschen, die vor ihrer Arbeitslosigkeit und nach Ablauf des Arbeitslosengeldes Bürgergeld beziehen, und denen, die es sich jahrelang auf der Couch gemütlich gemacht haben. Eine gut verdienende Ingenieurin, die mit 50 arbeitslos wird, steht mit 52 Jahren genauso da wie eine genauso alte Frau ohne Ausbildung und Arbeit – unter Umständen sogar noch schlechter, weil sie Vermögen gebildet hat und deshalb weniger bedürftig ist. Zumindest in diesem Punkt geht das Bürgergeld in die richtige Richtung, aber ich fürchte, das wird von unserer künftigen Regierung wieder geändert.

Deutlich mehr würde es bringen, Steuerhinterzieher mal in die „Privatsphäre“ einzudringen! Das lohnt sich ganz sicher. Hier stehen Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis.

WIE „AUFGEKLÄRT“ IST UNSERE POLITIK?

VON HARRY SCHREYER

Eine Forderung des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Dr. Hans-Eckard Sommer: schaffen wir das individuelle Recht auf politisches Asyl ab und ersetzen es durch eine an Kontingenten („in beachtlicher Höhe“) orientierte Zuwanderungspolitik.

Die Reflexe eindeutig. Grüne, Linke: der Mann, der solche Ansichten hat, darf das Amt nicht führen.

Der Mann betont, er spreche als Privatmann mit den Erfahrungen aus dem Amt, dem er vorsteht.

Wir leben in einer Zeit, die Philosophen, Soziologen „Moderne“ nennen, sie fußt auf dem, was früher mal „Aufklärung“ hieß. Was der Mann da sagt, mag uns nicht gefallen, es ist aber weder Volksverhetzung noch eine andere Straftat, sondern es handelt sich um eine Meinung, die falsch sein mag, aber vertretbar ist. Wir reden von Meinungsfreiheit, früher sprach man von Gedankenfreiheit.

Aufklärung sei, den Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes

ohne die Leitung eines anderen zu bedienen, schrieb Immanuel Kant in seiner berühmten Schrift, „Was ist Aufklärung“. Den Mut hat der Mann gehabt und er ist ein freier Mann und niemandem Untertan (Luther). Er hat aber eine Aufgabe zu erfüllen, er hat sich an Recht und Gesetz zu halten und es ist nicht haltbar, wenn der Chef der Ausländerbehörde sich gegen seine Aufgabe stellt. Er ist kein freier Mann und Jedermann, oder wenigstens dem Gesetz, untertan (auch Luther).

Folgen wir Luther müssen wir uns für einen der Sätze entscheiden. Da wir in einer freiheitlichen Gesellschaft leben, müssten wir uns für den freien Mann entscheiden und die Forderungen nach Rücktritt oder Rauschmiss lösten sich hier schon in Luft auf.

Kant aber war klüger, vielleicht gerissener als Luther. Seine Lösung war, der freie Mensch soll und darf „räsonnieren“ so viel er will und worüber er will, als Staatsbürger aber hat er zu gehorchen und sich dem Staat und seinen Gesetzen zu fügen. Für einen Beamten gilt das erst recht.

Kant hätte die freie Rede oder die freie Meinung am liebsten auf die Philosophen oder die Wissenschaft begrenzt. Das war nicht durchzuhalten. Der Amtschef hat ausdrücklich seine private Meinung geäußert und nach Kant durfte er das nicht nur, sondern er musste es tun und das muss ohne Konsequenzen bleiben, wenn er seine Arbeit als Amtschef nach wie vor an den Vorgaben des Staates orientiert.

Der Optimismus Kants war, dass sich die Gesetze zum besseren ändern werden, wenn nur genügend Mutige ihre freie Meinung äußern dürften, denn die Diskussionen führen Kraft besserer Argumente immer zum besseren Leben und einer besseren Staatsverfassung.

Vorsicht mit den schnellen Schüssen. Wem eine Meinung nicht passt kann nicht nur, er muss widersprechen – und eben nicht den Rücktritt oder den Rauschmiss fordern. Widerspruch nicht Drohung ist das Lebenselixier der aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft.

TÜR-ZU-TÜR-AKTION: EINE TOLLE ERFAHRUNG

VON PIA JACOBI

Hallo, mein Name ist Pia Jacobi, ich bin Unternehmerin aus Erlangen-Bruck und war gestern das erste Mal mit der SPD bei einer Tür-zu-Tür-Aktion unterwegs – und es hat richtig Spaß gemacht! Wir haben Osterhäuschen und Flyer verteilt, und ich hatte das Gefühl, gut mitgenommen zu werden. Ich habe tolle Leute kennengelernt und ich fühle mich echt wohl im Team. Es war total abwechslungsreich – von freundlichem Lächeln bis zu keiner Reaktion war alles dabei. Ich habe gemerkt, wie sehr mir diese direkten Begegnungen liegen und wie viel Freude mir das Ganze macht. Es kann so weitergehen, auf einen tollen Wahlkampf!

Und an alle Genossinnen und Genossen: Wenn ihr euch fragt, ob Tür-zu-Tür-Wahlkampf etwas für



Erfolgreiche Tür-zu-Tür-Aktion zu Ostern, die zudem auch noch Spaß macht.
Foto: privat

euch ist – probiert es aus! Man lernt spannende Menschen kennen, erlebt echte Begegnungen und ist ganz nah dran. Es braucht keine Vorerfahrung, nur Lust, mitzumachen. Gemeinsam

macht es richtig Laune – und am Ende geht man mit einem guten Gefühl nach Hause. Ich kann's wirklich nur empfehlen!

VON WOLFGANG NICLAS

AfD, Republikaner, NPD und viele weitere rechtsextreme, nationalistische und rechtspopulistische Organisationen haben seit der Nachkriegszeit auch in Deutschland ihr undemokratisches Wesen getrieben. Heute ist die AfD zweitstärkste Partei im Bundestag, stärkste Partei in den östlichen Bundesländern und wächst im zweistelligen Bereich in den westlichen Bundesländern. Die Zahl der demokratischen Gesellschaften in der Welt nimmt ab, es überwiegen autoritäre und illiberale Gesellschaften. Der Trend gilt auch für Europa, die USA lassen grüßen. Licherketten und humanistische Werte beruhigen offensichtlich eher das gute Gewissen, als dass sie die Rechtsextremen dauerhaft zurückdrängen. Der Ruf nach mehr Aufklärung, besserer Bildungs- und Medienpolitik ist richtig, aber fast so alt wie der Erfolg der Antidemokraten. Die Zahl der Bücher wächst, in denen die Wege und Strategien der „Machtübernahme“ beschrieben sind (siehe auch Arne Semsrott „Machtübernahme“ 2024). Der rechtsextremistische Marsch durch die Institutionen findet längst statt (für die USA/MAGA Bewegung zusammengestellt in „Project 2025“ der Heritage Foundation). Vielleicht ist ein Blick zurück hilfreich. Ende der 60er gab es Aktionen gegen und Debatten über eine wiedererstarkende NPD. Theodor W. Adorno hat die Vielfalt der Mechanismen bei der Herausbildung rechtsextremistischen Bewusstseins mit folgender Konsequenz beschrieben: Die Verteidigung der Demokratie misslingt, wenn nicht erkannt wird, dass der Status quo der Gesellschaft die Basis für das Erstarken der rechtsextremistischen Bewegungen gewesen ist. (Adorno „Die Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ erstveröffentlicht 2019 bei Suhrkamp). Adorno verweist bei der Beschreibung des Status quo auf die „herrschende Konzentration des Kapitals“ und die „permanente Deklassierung von Schichten“ die „ihre Privilegien“ bzw. „ihren sozia-

len Status“ verlieren. Neben dieser realen Sorge verweist Adorno auf die Rolle der Angst, die sowohl konkrete soziale Ursachen hat (aufkommende Arbeitslosigkeit am Ende des Nachkriegsaufschwungs), als auch geschickt im rechtsextremistischen Sinn verstärkt wird. Zuge-spitzt kommt er zur Aussage: „Wer nichts vor sich sieht und wer Veränderung der gesellschaftlichen Basis nicht will, dem bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als wie der Richard Wagnerische Wotan zu sagen: „Weißt Du, was Wotan will? Das Ende“ -, der will aus der eigenen sozialen Situation heraus den Untergang, nur eben nicht den Untergang der eigenen Gruppe, sondern wenn möglich den Ganzen.“ Dagegen helfen dann weder demokratisch-humanistische Argumente noch soziale Schritte.

Wolfgang Fritz Haug prägte in der Vorlesungsreihen über „Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten in den frühen 70er Jahren“ auf dieser Basis den Begriff des „Hilflosen Antifaschismus“ für diejenigen, die nicht an den Grundlagen des Status quo zu rütteln bereit waren.

Übertragen auf unsere heutige weltweite Herausforderung demokratischer Systeme bedeutet das: Die Verteidigung unseres Status Quo (sei er für Viele auch noch so angenehm) und die Propagierung unserer humanistischen Ideale reichen nicht gegen den rechten Populismus. Es ist doch eben die gleichzeitige Unzufriedenheit mit der sozialen Lage, und sei sie nur eine Gefühlte. Eben diese dem Status quo entsprungene Gefühlswelt machen sich die Rechtsextremisten zu Nutze.

Wir sind darauf angewiesen, unseren gesellschaftlichen Status quo kritisch zu beurteilen (bisweilen auch selbstkritisch) und glaubwürdige Wege für seine Verbesserung nicht nur aufzuzeigen, sondern auch zu realisieren (selbst wenn der Fortschritt im Einzelnen unzureichend bleibt).

Angesichts der multikrisenhaften heutigen Realität (Krieg in Europa,

Klimakrise, digitale Transformation, Verfall sozialer Milieus...) ist das herausfordernd. Gleichzeitig sind Kritik am Status quo und die Notwendigkeit der Verbesserung für alle Bürger*innen bis hin zu strategischen Ansätzen in respektablem Umfang bekannt. Klimaberichte im Gefolge des Club of Rome, die Erkenntnis zur zwingenden Regulation der Finanzmärkte nach der Finanzkrise 2009 und nicht zuletzt die Oxfam-Berichte zur sozialen Polarisierung sind medienöffentlich.

Der Sozialdemokratie und anderen politischen demokratischen Parteien wird die Fähigkeit zur Bewältigung dieser Krisen allerdings immer weniger zugetraut. Wer an dieser Einschätzung Zweifel hat, muss die Entwicklung der Wahlergebnisse erklären.

Wenn wir erfolgreich gegen den Rechtsextremismus wirken wollen, wird das allein mit begrenzten sozialen Reformen wie Mindestlohn und Rentensicherung – so wichtig sie auch sind - nicht gelingen. Wir müssen Vertrauen in soziale, demokratische und klimaschonende Strategien zur Überwindung der Multikrisen erarbeiten. Die „Berlin Deklaration“ des „Forum New Economy“ vom Mai 2024 ist ein gutes Beispiel auf nationaler und internationaler Ebene. Der „Teilhabebericht 2023“ des Sozialreferats bietet gute Grundlagen auf örtlicher Ebene für den sozialen Bereich. Die Propagierung effektiver Umbaustراتيجien darf sich natürlich nicht auf Partei- und Regierungsprogramme bzw. Think-Tanks beschränken. Der Kampf für ein Gutes Leben muss im Alltag geführt werden und mit einer Weiterentwicklung der gesellschaftlichen und internationalen Strukturen verbunden werden. Das geht nicht ohne soziale Auseinandersetzungen in den Betrieben, in den öffentlichen und kulturellen Einrichtungen, in den Stadtteilen und der Nachbarschaft. Das geht nicht ohne überzeugendes persönliches Handeln und viele Gespräche vor Ort, in denen das richtige Handeln im Alltagsleben vor Ort entwickelt werden muss.

Eine Voraussetzung für das Gelingen ist dabei auch der Respekt für unterschiedliche Herangehensweisen und Wege. Zum einen ist die Sozialdemokratie viel zu schwach, um alleiniger Treiber der problemlösenden Wege zu sein. Das bezieht sich sowohl auf die Zahl der Sozialdemokraten, als auch auf die Begrenztheit handlungsorientierter Programmatik. Problemösende Wege ergeben sich auch aus der streitenden Auseinandersetzung all derer, die das Problem lösen wollen.

Soweit eigentlich nichts Neues. Oskar Negt hat bereits 1971 die Grundsätze in „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ herausgearbeitet. Die schwierigere Frage lautet aus meiner Sicht daher: Warum gelingt uns weder eine hinreichende soziologische Phantasie, noch deren Erarbeitung und Umsetzung in einem exemplarisches Lernen auf den verschiedenen Ebenen der Politik in den aktuellen Konflikten? Ich kenne heute keine hinreichende Antwort. Das entlässt uns aber nicht aus der Aufgabe, den Weg im Vorwärtsgen zu suchen.

Vor diesem Hintergrund abschließend eine Anmerkung zur Abstimmung in der SPD über den Koalitionsvertrag.

Die Ampel ist am Streit über eine Veränderung oder den Erhalt des Status quo gescheitert. Die konser-

vierende Haltung der neoliberalen FDP hat sich mit einer Veränderung des Status quo in Richtung einer sozialen und klimagerechten Strategie von SPD und Grünen nicht vertragen. Gleiches gilt für die CDU/CSU und die SPD in der neuen Konstellation (vielleicht mit der optimistischen Einschränkung, dass zumindest Teile der Union eher zu einer Weiterentwicklung des Status quo bereit sind, als das in der Lindner-FDP der Fall war). Der Koalitionsvertrag ist allenfalls eine Modernisierung des Status quo mit einzelnen weiterreichenden Punkten, die aber letztlich isoliert bleiben. Vom bereits begonnenen Streit um die Deutungshoheit einzelner Aussagen im Programm ganz abgesehen. Wenn die Thesen zum „hilflosen Antifaschismus“ nicht ganz falsch sind, führt das eher zur Stärkung der AfD. Der Glaube daran, dass mit diesem Programm die nationalen und internationalen Krisen auch nur teilweise gelöst werden und die Basis für die Stärkung des Rechtsextremismus verschwindet, dürfte sich zu Recht in Grenzen halten.

Also ablehnen?

Wir kennen die Zukunft nicht. Naheliegender wären Neuwahlen, realistisch mit einer nochmaligen Stärkung der AfD. Möglich wäre auch eine CDU/CSU Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten

und dem gleichen Ergebnis, einer gestärkten AfD.

Es kann aber auch einen Erfolg der demokratischen Kräfte gegen den wachsenden Autoritarismus bei Annahme des Koalitionsprogramms geben. Voraussetzung ist eine wachsende Bereitschaft der Demokrat*innen auf allen Ebenen, erstens für die Demokratie aktiv einzutreten und zweitens den Status quo, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundlagen unserer Gesellschaft(en), weiterzuentwickeln. Zugegeben kein geringer Anspruch.

Ein gangbarer Weg kann nur aus der Lösung der vielfältigen Probleme auch unter Beteiligung der Bürger*innen gefunden werden. Wenn soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen zusammengebracht werden, kann die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft gelingen. Ideen dafür gibt es viele. Sie sind letztlich strittig, aber diskussionswürdig. Eine Koalition jenseits des Rechtsextremismus bringt zumindest einen Zeitgewinn. Die Zustimmung zum Koalitionsprogramm ist für eine positive Entwicklung hilfreich, wenn die Bereitschaft zur Änderung des Status quo und zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Status quo in kritischer Theorie und Praxis vor Ort gelebt wird. Wenn es leicht wäre, könnten das ja Alle.

MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN KRIEG?

EINE ANTWORT FÜR RENATE SCHMIDT

VON JÖRG HAHN

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ ist der Titel eines Gedichts von Jewgeni Jewtuschenko und bekanntes Antikriegslied aus der Zeit des Kalten Kriegs. Damals war die Antwort NEIN gut begründet. Die Sowjetunion war eine friedliebende Macht, geprägt von der Erfahrung des Angriffskriegs durch Nazi-Deutschland, und bedacht auf den Erhalt des Status quo. Sie hat mitgewirkt an der europäischen Friedensordnung, dokumentiert in der Schlussakte von Helsinki 1975 und institutionalisiert in der OSZE.

Diese Friedensordnung gibt es nicht mehr. Sie wurde zerstört durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Ob die Russen Krieg wollen, ist dabei nebensächlich. Seit Kant wissen wir, dass freie Staatsbürger „sich sehr bedenken werden“ einen Krieg anzufangen, während ein Autokrat („nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer“) Krieg „aus unbedeutenden Ursachen beschließen“ kann.

AUTOKRATEN HANDELN NICHT IMMER RATIONAL.

Das ist dann nicht Thema der poli-

tischen Analyse, sondern der Psychologie oder Psychiatrie. Putin leidet unter „imperialen Phantomschmerzen“ (Münkler), ist getrieben von einem Wahn, „die größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts (Zerfall der UdSSR) zu revidieren. Es geht ihm um die Wiederherstellung von imperialer Größe und seine Rolle in der Nachfolge von Peter dem Großen und Josef Stalin.

Es geht ihm um die „Befreiung“ der russischen Minderheiten. Er braucht keinen neuen Lebensraum im Osten, ihm reicht, wenn die russischen Minderheiten, da wo sie sind, zu Mehr-

heiten werden. Die anderen braucht man nicht. Dementsprechend wird der Krieg von Russland als „Ausrottungskrieg“ (Kant) geführt: Deportation von Kindern, brutale Ermordung der Zivilbevölkerung, Zerstörung der lebensnotwendigen Infrastruktur, Energie, Staudämme. Geht es um Bodenschätze? Sklaven? Vielleicht. Künftig aber anders. Menschen braucht man heute nicht mehr. Im Gegenteil: es gibt zu viele davon. Unser Planet verkräftet – mit unserer heutigen fossilen Lebensweise – nur 2/3. Diese Grenze wird in den nächsten Jahrzehnten die Geopolitik bestimmen. Weite Landstriche werden vor Hitze un-

bewohnbar. Einst fruchtbare Länder vertrocknen oder werden von Sturzfluten weggespült, Küstenregionen versinken im Meer. Es braucht nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, wie Autokraten vom Schläge Putins darauf reagieren.

Dass zunächst andere Länder (Moldawien, Baltikum) oben auf der Zieliste stehen, beruhigt mich nicht. Auch Hitler hat klein angefangen. Wer ukrainische Juden zu Nazis erklärt, findet zu gegebener Zeit für jedes Land einen Grund zur Invasion. Es gehört schon eine besondere Portion Chuzpe dazu, Deutschland Kriegsabsichten zu unterstellen und

Russlands reale Kriegshandlungen völlig auszublenden:

- Russland hat einen Angriffskrieg begonnen.
- Russland hat seine gesamte Volkswirtschaft auf Krieg umgestellt.
- Russland ist die stärkste Militärmacht und Atommacht in Europa.

DAS macht mir Angst.

Wer von uns hat vor dem 24.2.2022 geglaubt, dass Russland die Ukraine überfallen würde? Wer danach aufgewacht ist, ist klüger – und baut vor.

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu einer Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, 08. Mai 2025 um 20:00 Uhr,
Luitpoldstraße 34 in den Räumen des ZSL (ehemalige
Sparkasse) am Zollhausplatz in Erlangen.**

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende ist eines der wichtigsten Anliegen der Jusos Erlangen zur Kommunalwahl 2026: Wie das genau aussehen kann, darum soll es in der von den Jusos gestalteten Kreismitgliederversammlung gehen. Mitarbeiterinnen des Azubiwerks München e.V. werden das in Münchner Modell für Azubi-Wohnen mit Freizeitangeboten und Sozialberatung vorstellen und aus ihrer bisherigen Erfahrung berichten. Als weiterer Gast ist eine Vertreterin der DGB Jugend Mittelfranken eingeladen, die zur Lage von Auszubildenden in der Region berichten kann.

Tagesordnung:

1. Aktuelles und Begrüßung von Neumitgliedern
2. Vortrag und Diskussion zu „Wohnraum für Azubis in Erlangen“ mit: Azubiwerk München e.V., DGB Jugend Mittelfranken und den Jusos Erlangen
3. Anträge
4. Termine und Sonstiges

Es gibt bei dieser KMV kein Essensangebot, für eine Auswahl an Getränken ist jedoch gesorgt.

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Solidarische Grüße

Sandra Radue

Munib Agha

MIGRATION – EINE FRAGE DER REIFE POLITISCHER KULTUR

VON HARRY SCHREYER

Ist die SPD tatsächlich „Getriebene“ von rechts beim Thema Migration? Richtig ist, wir hätten im Wahlkampf so viele andere wichtige Themen gehabt, die zu diskutieren waren (Munib Agha im Monatsspiegel April). Vielleicht hätten wir dort auch höhere „Kompetenzwerte“ erreicht und ein besseres Ergebnis erzielt. Es scheint aber gerade das Thema Migration zu sein, wo (prominente) Mitglieder der SPD ein nicht mehr einigungsfähiges unterschiedliches Meinungsspektrum abbilden. Die Politik wird unscharf und wir finden „Treiber“, die treiben wie die „Rechten“ die eigenen Reihen.

FLUCHTBEWEGUNGEN

In einem Vortrag im Januar 2016 habe ich nach UN-Zahlen von rund 60 Mio. Flüchtlingen und Binnenvertriebenen berichtet. Die Bemerkung damals: „nie zuvor gab es mehr“! Im Juni 2024 waren nach einem Bericht der UNHCR bereits doppelt so viele wie 2016, nämlich 122,6 Mio. Menschen auf der Flucht. Nein, sie kommen nicht alle nach Deutschland um sich die Zähne machen zu lassen! Sie bleiben teils als „Binnenvertriebene“ im eigenen Land oder wechseln in die Nachbarländer. Die Bemerkung heute: Es werden immer mehr!

Die Ursachen: Terror, Krieg, Bürgerkrieg, Rache, Rassismus, Armut, Hoffnungslosigkeit und Klimawandel. Menschen suchen Schutz und Sicherheit. Das Problem so beschrieben müsste zu Hilfe für Menschen in Not führen.

LOGIKEN

Die Migrationsdebatte in Europa und Deutschland tritt auf der Stelle. Das „Problem“ wird immer gleich beschrieben und führt somit zu den immer gleichen Ergebnissen. Zu viele MigrantInnen führen zur Erstarkung rechtsextremistischen Gedankengutes, also zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Zuwanderer. Die Logik: Gäbe es keine Migranten, gäbe es keine Rechtsex-

tremisten und keine Gewalt gegen Ausländer. Das war die Argumentationskette, die 1992 zum Asylkompromiss zwischen CDU / CSU und SPD führte, im Anschluss zur Grundgesetzänderung und Neufassung des Asylrechts. Nach Anschlägen und Morden, die durch Migranten begangen wurden, heißt die Logik offenbar: Gäbe es keine Migranten, gäbe es keine Morde. Beide Beschreibungen führen offenbar zu Ausweisung (Abschiebungen), Einreiseverhinderung, Zurückweisung (Pushback), Grenzschließungen. Migranten überfordern die Kommunen und die Sozialsysteme, so auch Thomas Jung, der (SPD) Oberbürgermeister in Fürth (EN 21.03.2025 S. 2), also was tun? Man kann auch anders beschreiben, wie Florian Janik im Monatsspiegel März (S. 3), wo er darauf hinweist, dass man vorausschauend handeln kann, wenn das Problem bekannt ist. Zu anderen Lösungen kommt auch Sandra Radue mit grundlegend anderer Fragestellung im Monatsspiegel Februar wo sie noch weiter denkt – ich interpretiere: eine Welt für Alle.

WOHER DIE HETZE?

Normalerweise treten Menschen Menschen in Not mit Empathie gegenüber. Das ändert sich, wenn Menschen nicht als „Menschen“ sondern als „Zahlen“ gesehen werden, oder wenn Behauptungen über Menschen als Gruppen verbreitet werden, um eine bestimmte Wirkung zu erzielen. „Zahlen“ müssen gesenkt werden, nämlich die „Zahl“ der Asylanträge, andere „Zahlen“ erhöht, nämlich die „Zahl“ der Abschiebungen. Ein Leserbriefschreiber in der EN vom 20.03.2025 hat es trefflich auf den Punkt gebracht. Er zitiert Jens Spahn (CDU) aus einem Interview im Deutschlandfunk: „Es passiert jeden Tag in Deutschland. Gruppenvergewaltigungen, Messerattacken ...“. Er fragt, warum der Moderator nicht hinterfragt, sondern die Aussage stehen lässt: Jeden Tag in Deutschland... anderes Beispiel: In der FAZ vom 15.02.2025 darf Jochen Buchsteiner unwider-

sprochen über das Ende des Asylsystems in Deutschland schreiben: „Etwa drei Millionen Asylbewerber sind in den vergangenen zehn Jahren nach Deutschland gekommen. Viele haben sich gut integriert und bereichern Wirtschaft und Gesellschaft. Viele, zu viele tun das nicht. Von einem Teil geht sogar ein Sicherheitsrisiko aus, und ein Teil von drei Millionen ist eine relevante Menge.“ Wann wird ein Teil eine „relevante Menge“? Widerspruch wäre der direkte Weg zur Wahrheit und zur Demokratie.

WAS WAR FRÜHER?

Die Leserbriefseite stand unter der Überschrift „Aus der Geschichte lernen“. Es gab ein Deutschland, das in vier Besatzungszonen geteilt war, eine davon war die sowjetisch besetzte Zone (SBZ oder später einfach „die Zone“). Das Grundgesetz war in Arbeit und Menschen machten aus der SBZ rüber, weil die wirtschaftliche Lage sich dort verschlechterte. Die angrenzenden Zonen, britisch und amerikanisch, verhielten sich gegensätzlich: die Amerikaner schickten die Deutschen zurück, die Briten wollten, dass sie bleiben. Dann wandten sich Deutsche gegen die Deutschen aus der SBZ, nämlich die in Niedersachsen eingesetzte Regierung. Sie weigerte sich, schlechte wirtschaftliche Lage als Grund anzuerkennen, dass Deutsche aus einem Teil Deutschlands in einen anderen Teil abwanderten. Sie mussten mindestens „politisch“ verfolgt sein, oder auf Grund ihrer Religion besonders benachteiligt. Der einfache Satz im Artikel 16 Abs. 2 GG von 1949 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, war auf diese Situation gemünzt. Die Logik: sonst nehmen die im Westen niemanden aus der SBZ auf (s. den Bericht der Genossen aus Tennenlohe im Monatsspiegel Februar 2025).

DEUTSCHE ILLEGAL IN DEUTSCHLAND

Nach Artikel 11 GG (Freizügigkeit) konnten sich im Grunde alle Deutschen in Deutschland niederlassen,

wo sie wollten. Dann hat die erste Regierung den jungen Artikel 11 GG für Deutsche aus der SBZ außer Kraft gesetzt. Es wurde ein Gesetz „über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ (Notaufnahmegesetz 03.03.1950) beschlossen. Die SPD hatte es eingebracht. Nach Konsultation verschiedener Ausschüsse, wurde ein Kompromiss vom Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen (federführend) zur Abstimmung gestellt. Der Vorsitzende des Ausschusses war Herbert Wehner.

Die Alliierte Hohe Kommission hatte die Grenzkontrolle nach Gründung der BRD an die Bundesregierung abgegeben und gebeten, bei Ausübung dieser Kontrolle besonders auf die „Übevölkerung und großen Wohnraumschwierigkeiten“ zu achten, sowie auf besondere Maßstäbe zur „Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Asylrechts für echte politische Flüchtlinge“.

Mit dem Notaufnahmegesetz wurde die Niederlassung von Deutschen aus der SBZ unter Erlaubnisvorbehalt gestellt, also der Artikel 11 GG tatsächlich außer Kraft gesetzt. Die SPD wollte die Erlaubnis zur Niederlassung nur für Kriminelle versagen, die wegen einer Tat verurteilt waren, die auch in der BRD strafbewehrt war. Durchgesetzt hat sich die Formulierung, dass die Niederlassungserlaubnis nur erteilt werden durfte, „wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben, für die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen“. Die Aufnahme war auf 2.840 Personen pro Monat beschränkt, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die Länder verteilt werden sollten. Also schon damals der Grundwiderspruch der Obergrenze mit den Kriterien zur Aufnahme, wenn z. B. drohende Gefahr für Leib und Leben vorlag, was tun? Warten auf den Tod?

Die Lösung des Problems war eine andere: Zahlreiche Zuwanderer kommen ohne Erlaubnis und ohne die vorgesehenen Aufnahmelager anzulaufen (Uelzen und Goslar), und die Zurückgewiesenen gehen nicht in die Zone zurück. Somit hielten sich in den beginnenden 1950er Jahren ca. 400.000 Deutsche „illegal“ in Deutschland auf. Das Problem lös-

te sich erst mit dem beginnenden „Wirtschaftswunder“ und dem erhöhten Arbeitskräftebedarf auf. Die „Illegalen“ wurden legalisiert (Quellen: BTDRS 1/350, BTDRS 1/2959 und Zeit-online vom 24.05.2024).

HERBERT WEHNER 1982

Als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses 1949 mussten Herbert Wehner und die SPD sich mit der Migration Deutscher nach Deutschland befassen. Die Problembeschreibung war offenbar: Übervölkerung, Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit – das schaffen wir nicht! Hinzu kam die Frage des Familiennachzuges und: Es gibt keine Abschiebemöglichkeit in die SBZ mehr – aus politischen Gründen.

1982 wurde Wehner aus einer Vorstandssitzung der SPD zitiert: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht werden. Ich sage euch – wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden. Es ist nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen – wir müssen die Ursachen angehen, weil uns sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, das Problem in den Griff zu bekommen.“

Es ging jetzt um Arbeitsmigranten z. B. aus der Türkei, die man zu uns geholt hatte: Arbeitsmigranten, die nicht nur gekommen waren um zu arbeiten, sondern auch, um zu bleiben. In einem Aufsatz für die Berliner Volkszeitung spricht Wehner dann auch weitere problematische Themen an: mangelnde Integration, Re-Islamisierung, Ghettobildung in Westberlin, die eine Kommune und ihre soziale Stabilität „überfordert“.

GUTE ZEHN JAHRE SPÄTER

Wolfgang Schäuble zitiert genüsslich Wehner. Wir haben eine Debatte um die Änderung des Grundgesetzes Art. 16, der ein Asylkompromiss zwischen SPD und CDU / CSU im Dezember 1992 voranging. Für „Pro Asyl“ kam diese einer Abschaffung des Asylrechts gleich, ähnlich argu-

mentierte der Abgeordnete der PDS Gregor Gysi. Die SPD hat der Änderung zugestimmt und der Union die Zweidrittelmehrheit beschafft. Davor war die SPD massiv unter Druck durch Medien (Das Boot ist voll) und den politischen Gegner (jeder weitere Migrant ist ein SPD-Migrant) gesetzt worden. Neu an der Fluchtbewegung waren die politischen Umbrüche in Europa, vor allem in Rumänien und dem zerfallenden Sowjetreich. Zwar behauptete Helmut Kohl damals (August 1991), das Asylrecht sei „heilig“, „wer in Gefahr für Leib und Leben ist, muss hier Zuflucht finden können.“ Das hinderte ihn aber auch nicht im Oktober 1992 auf einem Sonderparteitag der CDU den „Staatsnotstand“ wegen Zuwanderung zu beschwören (WDR 06.12.2012).

Renate Schmidt (SPD-Abgeordnete aus Nürnberg und Vizepräsidentin des Bundestages) begründete ihre Zustimmung mit der Not der Städte und sozialen Verwerfungen (ich zitiere aus dem Plenarprotokoll 12/160): „Es geht um Bürgermeister und Landräte, die nicht mehr ein noch aus wissen, weil sie überall zum Sparen gezwungen sind und gleichzeitig immer größere Beiträge für die Unterbringung von Flüchtlingen aufbringen müssen.“ Sie verweist auf BürgerInnen, die „Urteile und Vorurteile, berechnete und unberechnete Ängste haben“, wenn sie bei der Wohnungssuche in der Schlange stehen oder ihre Kinder mit bis zu zwölf verschiedenen Nationalitäten in die Schule gehen. Aber sie verweist auch darauf, dass es nicht in erster Linie um „juristische Fragen“ oder abstrakte Zahlen geht, sondern um Menschen; und sie weiß, was CDU / CSU nicht wissen will (damals wie heute), dass der Asylkompromiss und die Änderung des Grundgesetzes im Mai 1993, „nicht die Lösung des Flüchtlingsproblems ist.“ Denn: „Eine Patentlösung gibt es nicht.“ Sie fordert, wie schon Wehner 1982, eine geordnete Zuwanderungspolitik und war zuversichtlich, dass ein „sicherer Drittstaat“ in den abgeschoben werden kann nur dann ein sicherer Drittstaat bleibt, wenn er sicher ist. Eine Replik auf den FDP-Politiker Gerhard

Baum, der das ganze wohl skeptischer sah.

DAS RICHTIGE DER FALSCHEN

1993 gab es Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Republikaner und DVU waren in Parlamenten vertreten. „Gegen rechts“, das war 1993 ein Argument, offensichtlich schon 1982 und es ist es heute. Wir tragen den Kampf gegen Antidemokraten auf dem Rücken der Ärmsten, hier: MigrantInnen und Bürgergeldempfängern aus. Das halte ich für falsch. Wenn wir dazu übergangen, jede Maßnahme, jede Vereinbarung (auch die aktuelle Koalitionsvereinbarung) unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob es die Antidemokraten wirksam bekämpft und ihren Einfluss schmälert, sollten wir ehrlicher werden. Kommunen und Landkreise z. B. mit den nötigen Mitteln ausstatten, das ist seit dreißig Jahren nicht geschehen!

Friedrich Merz hat es Ende Januar auf die Spitze getrieben mit seinen Anträgen im Bundestag zur Begrenzung der Migration. Der SPD hat er vorgeworfen, sie verweigere heute Lösungen, die sie 2016 mit beschlossen hatte (Aussetzung Familien-

nachzug), aber in der Ampel wieder rückgängig gemacht hat. Er ziehe die Anträge der CDU / CSU durch, er schaue nicht mehr rechts oder links und wenn die „Falschen“ (AfD) zustimmen, dann bleibe sein Vorhaben dennoch „richtig“.

Widerspruch: Wenn die Falschen „richtig“ finden, was die Richtigen eingebracht haben, dann muss das Eingebachte „falsch“ sein, oder die Richtigen haben sich schon auf die falsche Seite geschlagen.

In der Bundestagsdebatte am 31.01.2025 prognostizierte Merz, dass die AfD bei der Wahl im Februar das Potential habe, sich zu verdoppeln. Die Schuld daran sieht er bei der Asyl- und Migrationspolitik der Ampel. Er fordert von der SPD, seine Entscheidung um der Entscheidung willen mitzutragen. Insofern war die SPD – wieder einmal – „Getriebene“ beim Thema Asyl und Migration. Aber nicht vergessen, wir haben die „Treiber“ in den eigenen Reihen (wie Thomas Jung aus Fürth), die glauben, man müsse endlich die „völlige Fehlpositionierung bei der Migrationsfrage“ beenden, um Erfolg zu haben. Noch ein Treiber: Olaf Scholz der 2023 versprach „wir müssen endlich in großem Stil abschieben“. Das sei zu leichtfertig hingesagt,

weil das „nicht so einfach geht“, hält Friedrich Heckmann in der EN vom 20.06.2024 entgegen. Das wusste schon Renate Schmidt aus Nürnberg 1993!

Dass es nicht einfach wird ist klar. Wenn die Welt einfach wäre könnten wir uns alle selbst regieren. Aber wir können uns an Herbert Wehner orientieren, der im Berliner Volksblatt im März 1982 seinen Aufsatz abschloss: „Es muss uns um die Menschen, unsere Mitmenschen gehen, um die damit verbundene Sicherung unseres inneren gesellschaftlichen Friedens – um die Sicherung der Demokratie. Die Frage nach der Reife unserer politischen Kultur ist nicht zuletzt auch in der Ausländerpolitik gestellt.“

Migration ist nicht nur eine „Ausländerfrage“, auch Deutsche waren als Migranten nach Deutschland nicht gern gesehen. In den Ländern Frankreich, Niederlande, Österreich und Italien leben nach Eurostat ca. 780.000 Deutsche. Das sind etwas mehr als Asylanträge im Jahr 2016 gestellt wurden. Jetzt stelle ich mir mal vor, was wäre, wenn in diesen Ländern die Rechten die Regierungen bilden mit der Forderung nach Remigration... wären da alle Deutschen in Deutschland willkommen?

BESICHTIGUNG DES GENERATIONENÜBERGREIFENDEN WOHNPROJEKTS RAUMTEILER

VON FELIZITAS TRAUB-EICHHORN

Im Rodensteinweg, Neubaugebiet 412 in Büchenbach, wurde letzten Sommer ein innovatives Wohnprojekt fertiggestellt. In 24 Eigentumswohnungen leben Menschen ganz unterschiedlichen Alters und Familienstandes zusammen, die sich zuvor in einem längeren Prozess zusammengefunden haben. Allen stehen ein Gemeinschaftshaus und eine Werkstatt zur Verfügung. Die Anlage wurde ressourcenschonend gebaut, der Großteil der Eigentümer verzichtet dauerhaft auf ein Auto. Wer sich näher informieren will: <https://www.wohnprojekt-raumteiler-erlangen.de/>



Das innovative Wohnprojekt „RaumTeiler“ kann besichtigt werden.
Foto: privat

Am Samstag, 24.5. von 15:00 - 16:30 Uhr haben wir die Möglichkeit, das Wohnprojekt zu besichtigen.

Bitte meldet euch dazu an bis zum 19.5.2025 bei: felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

OPLAN DEU – DIE NEUE SUPERFORMEL

DEUTSCHLANDS WIEDERAUFSTIEG IN DEN OLYMP DER MAßGEBLICHEN

NATIONEN: POLITISCH – WIRTSCHAFTLICH – MILITÄRISCH

VON MONIKA FATH-KELLING

Zeitenwendisch ausgedrückt: Deutschland und die EU müssen die Gunst der Stunde nutzen, in der die Verheerungen eines heißen Krieges die Ukraine betreffen, die geld- und machtwerten Vorteile aber auf den Konten der „Unterstützer der Helden“ gutgeschrieben werden.

Apropos gutgeschrieben: Die Brigaden mit den spitzen Bleistiften und den hyperschallschnellen Fingern auf der Tastatur sind derzeit die angesagtesten Treiber einer selbsterfüllenden Prophezeiung eines Kriegs gegen Russland. Um es mit dem Philosophen Günther Anders, Lebensgefährte Rosa Luxemburgs, auf den sprachlich-lapidaren Punkt zu bringen: Die Waffen werden nicht für den Krieg, der Krieg wird für die Waffen gemacht.

Was nicht kommuniziert wird: Worte wie „Sicherheitspolitik“, „Verteidigungsbereitschaft“, „Wiederaufbauhilfe“ kaschieren das innewohnende Elend nur „im Vorfeld“, solange die Sonne scheint.

BERTRAM RUSSEL UND ALBERT EINSTEIN

schrieben schon 1955 (dem Jahr der Remilitarisierung Deutschlands unter Vorbehalt des US-Kommandos) in ihrem Memorandum Die Zukunft des Pazifismus über das „Wachsen der Vernichtungskapazitäten der Waffen ins Unermessliche“. Namhafte Wissenschaftler aus dem Ost- wie dem Westblock bekräftigten das Memorandum durch ihre Unterschrift. Bedrückend, dass bis heute vor ihrer daraus destillierten „Frage von harter, unausweichlicher Grausamkeit“, nämlich „wollen wir die Menschheit oder den Krieg abschaffen? die Reihen und die Augen fest geschlossen werden „weil die Abschaffung des Krieges so schwierig ist“.

Warum erscheint die Abschaffung des Krieges eigentlich als „Zumutung“? So sehr Zumutung, dass

selbst die gedruckten (!) Friedentauben – laut DIE ZEIT – in die falsche Richtung fliegen, nämlich „nach rechts“...

OPLAN DEU

ist die Voraussetzung zur Fortsetzung des Kriegs. Der Ukrainekrieg wird mit höchster Wahrscheinlichkeit weitergehen, weil zum einen die ukrainischen Kriegsprofiteure keinerlei Grund sehen, auf den „steten Strom der Gunst“ „as long as it takes“ zu verzichten. Andernfalls drohen Wahlen mit dem Risiko die Macht zu verlieren, kurz nix als Ärger und Verlust. Unsere ukrainischen „Helden“ stehen also. Zumindest solange sie noch Menschenmaterial an die Fronten zwingen können.

Zum anderen profitieren die europäischen Machteliten ebenfalls erheblich von ihrer ungebremsten Kriegstreiberei. Auch sie brauchen den Krieg, um sich an der Macht und die Wirtschaft am Laufen halten zu können. Sie leben nachgerade von der Angst „vorm großen, grund-bösen Russland“ und dem großen, MGA-bösen Trump, denen man alle eigenverschuldeten wirtschaftlichen und innenpolitischen „Widrigkeiten“ in ihre großen Schuhe schieben kann. Ohne diese großen Schuhe? Nix als Ärger und Verluste, vor allem Machtverlust.

OPLAN DEU könnte also genauso gut „Oller PLAN Deutschland und EUropa mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in einen heißen Krieg verwickeln“, bedeuten. Die Reihen und Augen bleiben fest geschlossen davor, dass Europas Sicherheit niemals auf Kosten der Sicherheit Russlands gewährleistet werden kann. (Ja, im Jetzt kaum mehr zu glauben, KSZE, soweit waren wir schon einmal!)

Nun gilt es, laut dem täglichen Gekritzel der spitzen Bleistift-Brigade, die „alternativlose Sicht“ auf den bösen Russen, den wir uns nur durch blutrünstigste Abschreckung vom

Land und vom Leib halten können zu konsolidieren. Dabei sitzt Europa in einer klassischen Zwickmühle. Und zwar egal ob die USA „sich rausnehmen“ oder weiterhin mitmischen.

- Mühle 1: Die ukrainischen „Helden der Freiheit (des Kapitals)“ werden trotz europäischer „Hilfe“ zur Kapitulation gezwungen. Dann müssen die Kriegsprofiteure der Realität ins Auge blicken und die Kämpfe werden „à la Russe“ enden.
- Mühle 2: Es gelingt den Ukrainern und ihren Kapitalgebern Widerstand zu leisten (z.B. durch Taurus oder Truppenkontingente) dann würde Russland seine taktischen Atomraketen einsetzen, denn für Russland ist der Krieg nicht kapitaler, sondern existentieller Natur.

FAZIT

Europa und insbesondere Deutschland verlieren auf beiden Wegen.

Oder will man zynischerweise „nur noch ein bisschen zuwarten“ um möglichst wenige „kriegserfahrene“ sprich psychisch zerrüttete, gewaltgewohnte Männer „reintegrieren“ zu müssen und den eigenen zutiefst korrupten, geldgeilen Kriegsfreunden noch eine gebührende „Abfindung“ auf ihr „Invest“ und ihren Ruhestand zukommen lassen?

Verständigung und Frieden mit Russland ist keine Appeasement-Politik. Sie ist ein Überlebensgebot.

Leseempfehlungen:

- *Kriegstüchtig! Deutschlands Mobilmachung an der Heimatfront von Marcus Klöckner (Buch, 160 Seiten)*
- *Warum der Krieg in der Ukraine wohl andauern wird; Guy Mettan (Aufsatz in der Schweizer Zeitung „Zeitfragen“)*
- *Kriegsvorbereitung als neuer Way of life; Helmut Scheben (Aufsatz ebenda)*

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 09.04.2025 im Distrikt Tennenlohe

TOP 1: Aktuelles

Rolf begrüßt das neue Mitglied Maximilian Horter. Wir stellen uns kurz gegenseitig vor. Anschließend diskutieren wir die heute veröffentlichte Koalitionsvereinbarung zwischen der Union und der SPD. Neben positiven Ergebnissen, wie die Erhöhung des Mindestlohns und die Verteidigung des Rentenniveaus sind auch einige negative Punkte zu finden, wie die Zurücknahme des Heizungsgesetzes und Verschärfungen im Asylrecht. Mehrheitlich sprechen sich die anwesenden Distriktmitglieder für eine Zustimmung bei der Mitgliederbefragung aus, auch wenn Gert noch Bedenken anmeldet. Da die Mitgliederabstimmung vor der nächsten Distriktsitzung stattfinden wird, schlägt Rolf eine Online-Sitzung für die weitere Diskussion vor.

Rolf berichtet von zwei Veranstaltungen zur STUB in Boxdorf und Herzogenaurach. An der Autobahn bei Reutles soll ein Park&Ride-Parkplatz mit bis zu 500 Plätzen entstehen sowie in Haundorf eine solche, die nur von der Autobahn aus anzufahren ist. Rolfs Verbesserungsvorschlag zur Trassenführung nördlich von Tennenlohe wird wohl angenommen werden. Dieser spart enorme Baukosten und reduziert die Anzahl der notwendigen Ampeln in dem Bereich. Bei der letzten Ortsbeiratssitzung in Tennenlohe wurde die Trassenführung der STUB und der Verbesserungsvorschlag diskutiert. In den Erlanger Nachrichten wurde über das Thema sehr einseitig negativ berichtet. Rolf hat dazu einen Leserbrief verfasst, der einiges klarstellt. Im Juni findet in Erlangen ein Bürgerentscheid zum Thema Wohnen in der Bismarckstraße statt, der von den Linken eingebracht wurde. Die SPD-Fraktion ist eher gegen den Entscheid, weil damit die Gestaltungsmöglichkeiten in dem Gebiet eingeschränkt werden.

TOP 2: Rechenschaftsberichte

Der Vorsitzende Rolf Schowalter gibt seinen Rechenschaftsbericht über den Zeitraum seit der letzten Hauptversammlung am 15. Mai 2024. Ein Mitglied ist verstorben, ein Mitglied wird nicht mehr uns zugeordnet, weil nach Nürnberg umgezogen, aber es konnten drei neue Mitglieder begrüßt werden, darunter ein Eintritt und zwei Zuzüge, so dass wir zurzeit 26 Tennenloher SPDler sind. Es fanden seit der letzten JHV 10 Sitzungen statt (inclusive der heutigen), wobei an einem Termin Munib Aga über die Fraktion und die Stadtpolitik berichtete. Darüber hinaus gab es einen Vortrag von Gert über den Bürgerrat zur Ernährung sowie einen von Hans zur KI, weitere Themen waren Kanzlerfrage, Schuldenbremse, die STUB und der Radschnellweg. Im Berichtszeitraum wurden drei allgemeine Tennenloher Boten und eine Sonderausgabe zur Bundestagswahl veröffentlicht. Die Homepage des Distrikts wurde überarbeitet und die Tennenloher Boten der letzten Jahre online gestellt, so dass jetzt alle 72 Ausgaben seit August 2003 zur Verfügung stehen. Frühere sollen sukzessiver ergänzt werden. Im August war der Distrikt zu einem geselligen Ausflug in Coburg, der von Klaus und Rosi organisiert worden war. Außerdem fand ein Gansessen im November statt. Da der Distrikt keine eigene Kasse mehr führt, ist auch kein offizieller Kassenwart mehr notwendig. Trotzdem gab Gert als Finanzbeauftragter des Distrikts einen kurzen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben, speziell von dem Tennenloher Boten.

TOP 3: Neuwahlen

Anwesend sind neun stimmberechtigte Distriktmitglieder. Klaus wurde zum Wahlleiter bestimmt. Für die vier aufgerufenen Vorstandsposten gab es jeweils nur einen Bewerber oder eine Bewerberin, der/die einstimmig gewählt wurden.

1. Vorstand : Rolf Schowalter
2. Vorstand : Gertrud Reich-Schowalter
Beisitzer / Finanzbeauftragter :
Gert Büttner
Schriftführer : Felix Schmeißer

Alle nahmen die Wahl an.

TOP 4: Kommunalwahl

Felix berichtet von den positiven Erfahrungen bei den aktuellen Osterhausbesuchen in Erlangen. Ab Mai sollen die Hausbesuche als effektivste Maßnahme für die Kommunalwahlen forciert werden. Wichtig ist dazu eine Zusammenstellung der Erfolge der letzten Jahre. In Tennenlohe planen wir ebenfalls Haustürbesuche und Infostände.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Jahreshauptversammlung am

**Mittwoch, den 07.05.2025,
um 19:30 Uhr,
Gasthaus „Zum Schloss“,
Schlossgasse 7**

Tagesordnung:

1. Berichte (Veranstaltung in Buckenhof)

2. Situation nach dem Mitgliederentscheid
3. Bilanz der Kommunalpolitik
4. Planung unserer Hausbesuche und Infostände
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Nächster Termin: Distriktssitzung
am 04.06.2025, 19:30 Uhr in der
Schlossgaststätte

DISTRIKT SÜD

Vorsitzender

Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Protokoll der Sitzung Distrikt Süd vom 19.03.2025

Anwesend: Andreas Richter, Friedhelm Elias, Luis Strobel
Gast: Robert Thaler
Protokoll: Jasmin Molz

- Es wird einen Bürgerentscheid geben zur Hindenburgstr. und Umgebung bzgl. Bebauung und Wohnen
- Parkgebühren für Elektroautos
- Kindergarten-Gebühren werden angehoben, um 25-30% in zwei Schritten

TOP 1: Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat

- Zu Theodor-Heuss-Anlage: das Projekt der Umgestaltung wurde wegen der Haushaltssperre verschoben auf unbestimmte Zeit
- Eine neue Erstaufnahme Einrichtung wird im Distrikt Süd eröffnet
- Nachfrage zur Parkplatz Situation am Röthelheim Schwimmbad

TOP 2: Aktuelles aus dem Stadtrat

- Haushaltskonsolidierungstermin
- Die Bäderpreise werden angehoben
- Birgit Marenbach (Grüne) geht aus dem Stadtrat

TOP 3: Reihung der Stadtratskandidat*innen aus dem Distrikt Süd

Männliche Kandidaten:

1. Dr. Andreas Richter; 2. Luis Strobel

Weibliche Kandidaten:

1. Dr. Annette Christian; 2. Antje Junghänel; 3. Dunja Zaouali

—> Wurde einstimmig beschlossen

TOP 4: Wahl der/des Vertreter*in in der erweiterten Distriktskommission für den Stadtratslistenvorschlag

Dies ist für den Distrikt Süd: Dr. Andreas Richter.

Geheime Wahl: von 4 Stimmberechtigte, haben alle teilgenommen, d.h. 4:0 wurde er einstimmig gewählt.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch ein zu unserer Jahres-
hauptversammlung mit Neuwahlen
des Vorstands am

**Mittwoch, 14.05.2025,
um 20:00 Uhr im Bürger-
treff Berliner Platz, Berliner
Platz 1 in Erlangen.**

Die vorgeschlagene Tagesordnung
ist:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesord-
nung
3. Bericht des Vorstands

4. Aussprache
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
 - einer Wahl- und Zählkommission
 - VorsitzendeR
 - StellvertreterIn
 - SchriftführerIn
 - Nominierung einer Vertreterin
und eines Vertreters im Kreis-
vorstand
7. Berichte aus Stadtteilbeirat und
Stadtrat
8. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Richter
Vorsitzender

DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzende

Clemens Heydenreich
clemens.heydenreich@web.de

Sana Hummady
hummady.sana@gmail.com

Rückblick auf die Distriktssitzung am 09. April 2025

Bei der April Sitzung des Distrikts
Innenstadt am 9. April 2025 im Ne-
benraum der Kulisse hat Clemens
Heydenreich uns anhand einer Bil-
der-Diashow einen Einblick in den
aktuellen Stand der Renovierung
des Frankenhofes zum KuBiC (=Kul-
tur- und Bildungszentrum) gegeben,
welche er im Rahmen einer Baustel-

lenführung des denkmalgeschütz-
ten Gebäudes erhalten hatte.
Danach hat der Stadtrat Munib
Agha uns einen aktuellen Überblick
über die Haushaltssituation der
Stadt Erlangen und der Haushalts-
konsolidierung gegeben und unsere
Fragen diesbezüglich beantwortet.

Vielen Dank für den Besuch!

Sana Hummady

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktssitzung

**am Mittwoch,
den 14.05.2025.**

Abweichend vom Gewohnten wer-
den wir uns an diesem Abend nicht
in der Kulisse treffen, sondern die
Sitzung des Stadtteilbeirats Innen-
stadt besuchen. Als sie unlängst für
dieses Datum angekündigt wurde,
hatten wir dasselbe Datum bereits
längst für unser Distriktstreffen
ausgewählt und bekannt gegeben.

Nun wollen wir aus der Terminnot
eine Tugend machen, genauer: eine
Exkursion, und **treffen uns bereits
um 19 Uhr im Büro für Bürgerbetei-
ligung und Ehrenamt, Hauptstraße
48 (= der frühere „Bunte Laden“)**,
um aus dem Publikum heraus unse-
re Beiratsmitglieder in Aktion zu
erleben und mit dem Gremium zu
diskutieren.

Seine Tagesordnung, die bislang
noch nicht bekannt ist, werden wir
in unserer üblichen kurzfristigen
Rundmail vor der Sitzung weiter-
leiten.

Wir freuen uns auf euch! Solidari-
sche Grüße,

Clemens Heydenreich & Sana Hum-
mady

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
Felizitas.Traub-Eichhorn@fen-net.de

Jahreshauptversammlung des Distrikt West am 19.03.25

Auf unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung wurden **Katrin Hurle und Felizitas Traub-Eichhorn einstimmig als Vorsitzende in einer Doppelspitze bestätigt**. Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden **Lisa Rettelbach, Fabian Foith, Sonja Ermann, Wolfgang Eichhorn und Philipp Dees** jeweils einstimmig gewählt.

Im Rechenschaftsbericht blicken die Vorsitzenden auf ein ereignisreiches Jahr zurück: Bei den regelmäßig gut besuchten Sitzungen wurden verschiedenste Themen diskutiert – von grundsätzlichen Fragen zur „Steuerpolitik als Mittel sozialer – demokratischer – ökologischer Politik“ hin zu aktuellen Themen wie der Lage des städtischen Haushalts. Ein Highlight war eine öffentliche Veranstaltung mit dem OB im vollen Saal des Gütlein. Zudem waren die Aktivitäten von zwei Wahlkämpfen geprägt: Der Kampagne für die StUB sowie der Bundestagswahl. In beiden Wahlkämpfen waren Genossinnen und Genossen aus dem Distrikt bei Plakatierungen, Hausverteilungen und Tür-zu-Tür sehr aktiv. Zumindest bezüglich der StUB konnte am Ende auch ein Erfolg gefeiert werden.

Im Anschluss an die Formalitäten gab es noch verschiedene Berichte.

Aus der Stadtteilbeiratssitzung Alt-erlangen berichten Katrin, Valeria und Sonja, dass es große Aufregung gab wegen der Mittagsbetreuung in der Hedenusschule. Ungefähr 50 Kinder seien dort nächstes Jahr unversorgt. Felizitas Traub-Eichhorn erklärt sich bereit, den OB darüber zu informieren und diesen um eine Sitzung mit den Betroffenen vor Ort zu bitten.

Aus dem Ratschlag für Soziale Gerechtigkeit berichtet Wolfgang Nicolas: Mit dem Geschäftsführer der GEWOBAU habe ein Gespräch über Mehrgenerationenhäuser im Mietverhältnis stattgefunden. Neben einem Neubau solle auch ein Umbau im Bestand geprüft werden. Die Anwesenden unterstützen die Bitte an die GEWOBAU, mehr Quartiersmanagement zu betreiben, um das direkte Wohnumfeld zu verbessern und so gegen den oft vorhandenen Unmut der Gewo-Mieter anzugehen.

Aus dem Stadtrat berichtet Valeria Fischer, dass zurzeit Einsparvorschläge für die Haushalts-Konsolidierung gemacht würden.

Die JHV schließt mit dem Hinweis auf die **nächste Distriktsitzung am 07.05.2025**, zu der die Omas gegen Rechts ihr Kommen zugesagt haben.

Katrin Hurle



Der neue Vorstand des Distrikts West: v.l.n.r.: Lisa Rettelbach, Fabian Foith, Sonja Ermann, Katrin Hurle, Felizitas Traub-Eichhorn, Wolfgang Eichhorn; nicht im Bild: Philipp Dees; Foto: privat

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet statt am

**Mittwoch, den 07.05.2025
um 20:00 Uhr im Gasthof
Güthlein, Dorfstraße 14.**

Die „Omas gegen Rechts“ sind in dieser Distriktsitzung zu Gast bei

Unsere Distriktsitzung am

**Mittwoch, den 04.06.2025
um 20:00 Uhr im Gasthof
Güthlein, Dorfstraße 14.**

wird sich mit zwei Themen beschäftigen: Zunächst gibt uns Sebastian Kaufhold einen Einblick in seine verantwortliche Tätigkeit als Rettungs-

uns. Petra Hannweg, die an vorderer Stelle in der Gruppe aktiv ist und in Büchenbach wohnt, stellt zusammen mit einer Mitstreiterin die Struktur der Gruppe vor und die Projekte, die sie begleiten.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

sanitärer und in die Situation der Rettungsdienste in Erlangen aus seiner Sicht.

Danach sprechen wir noch über das am 29.6. stattfindende Bürgerbegehren „Wohnraum in Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer nächsten Distriktsitzung am

**Dienstag, den 06.05.2025,
um 19:00 Uhr, im Brücken-
paulus (Pizzeria Romano,
Schronfeld 74).**

Dieter wird einen Vortrag zu Nordkorea halten. Darüber hinaus möchten wir uns zu aktuellen politischen Themen austauschen.

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix.

PS.:
Weitere Sitzungen finden am 10.6. (auf dem „Berg“) und am 22.07. (Ort offen) statt.

JUSOS

Vorsitzende

Sophia Waldmann
Chantal-Sophié Eidt
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

wir laden Euch ganz herzlich zu unseren offenen Sitzungen im Mai ein. **Die Juso-Sitzungen finden immer um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Str. 5) statt.**

Am **13. Mai** wollen wir uns mit dem **Thema Arbeit** beschäftigen.

Am **27. Mai** soll es um den **Demokratischen Sozialismus** als politisches Leitbild gehen.

Außerdem treffen wir uns im Mai an diesen Terminen:

Am **01. Mai** helfen wir bei der **Kundgebung zum Arbeiterkampftag** und bei der Rädli mit. Die Anmeldung erfolgt über die SPD Erlangen.

Am **06. Mai** treffen wir uns zu einem **Bar-Abend im Kanapee** (Neue Str. 50) mit unserem OB Florian Janik.

Wir freuen uns auf Euch!

Solidarische Grüße
der Vorstand

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
 Telefon: 09131 897065
 kellingmo@nefkom.net

**Protokoll der Sitzung vom
 26.03.2025, 15 - 17 Uhr
 in der Thalmühle**

Monika begrüßt die Anwesenden.
 Es sind 11 stimmberechtigte SPD-
 Mitglieder anwesend.

TOP 1: Neuwahlen

Vorab werden als Zählkommission
 einstimmig gewählt: Renate Bauer
 und Renate Schmidt.

Die Abstimmung der Frage ob
 eine Doppelspitze als Vorstand
 gewünscht ist, ergibt einstimmig
 Nein. Es soll einen Stellvertreter
 geben.

Monika stellt sich zur Wieder-
 wahl als Vorstand/Vorsitzende der
 AG60+ Erlangen. Als deren Stellver-
 treter stellt sich Dieter Kielhorn zur
 Wahl. Als Protokoll-/ Schriftführerin
 stellt sich Renate Schmidt zur Ver-
 fügung.

Es werden Stimmzettel verteilt in
 verschiedenen Farben:

Gelb – Vorsitzende
 Orange – stellv. Vorsitzender
 Blau – Schriftführerin

Ergebnisse der Auszählung:

Monika = Vorsitzende:
 9 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltun-
 gen, 1 Nein-Stimme

Dieter = stellvertr. Vorsitzender:
 11 Ja-Stimmen, 0 Stimmenthaltun-
 gen, 0 Nein-Stimmen

Renate S = Schriftführerin:
 10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltun-
 gen, 0 Nein-Stimmen

Monika, Dieter und Renate nehmen
 die Wahl an. Als Vorsitzende kann
 Monika somit unsere Vertretung im
 GKV übernehmen.

Da die AG60+ Erlangen keine eigene
 Kasse führt, brauchen Kassenwart
 und Revisoren nicht gewählt zu
 werden.

Frank dankt Monika für ihre bisher
 geleistete Arbeit.

**TOP 2: Vorschläge für Aktivitäten
2025/26**

- Neben unserem Schwerpunkt
 Frieden und Abrüstung dürfen

andere wichtige Themen der
 Partei, des Kreisverbands und
 der Stadt nicht vernachlässigt
 werden, die Kommunalwahl im
 Frühjahr 2026 ist in Vorberei-
 tung.

- Ein weiterer Aspekt ist die durch
 die schwierige Haushaltslage
 Erlangens verursachte Kontrol-
 le des städtischen Haushalts
 durch die Regierung von Mit-
 telfranken. Die zu erwartende
 Kürzungsliste des städt. Haus-
 halts sorgt uns: Sobald die Liste
 feststeht, müssen wir diese be-
 sprechen. U.a.:Wie sieht es mit
 den Zuschüssen für die Vereine
 aus? Viele Vereine sind von den
 Zuschüssen abhängig. Wenn
 sie aufgeben, entstünde eine
 große Lücke für Aktivitäten der
 Bevölkerung. Auch etliche Mit-
 arbeiterstellen sollen gestrichen
 werden, sickerte durch.
- Monika schlägt vor, in der April-
 Sitzung die Liste zu bearbeiten.
 Dann sollte die Liste zur Verfü-
 gung stehen.

TOP 3: Verschiedenes

- Frank berichtet, dass bereits im
 Juli 2024 entschieden wurde,
 die Diplomatin Frau Helga
 Schmid als Präsidentin der UN-
 Vollversammlung in New York
 vorzuschlagen. Nun entschied
 die alte/neue Bundesregierung,
 dass die baldige Ex-Außenmi-
 nisterin Baerbock den Posten
 übernehmen soll. Eine Person-
 alie, die durchaus Kritik auslöst.
- Monika berichtet über den Ar-
 tikel in den Erlanger Nachrich-
 ten vom Montag, 24.03.2025,
 Seite 3, Überschrift: „Der letzte
 Sommer im Frieden?“ Für uns
 ein übler Hetzartikel, der sehr
 an das Gebaren der Regierung
 des Kaiserreichs vor dem 1.
 Weltkrieg erinnert. Monika wird
 dazu einen Leserbrief an die NN
 verfassen. (Ergänzung: auf den
 sie keine Reaktion des Autors
 erhält...)

Nächster Termin AG60+: Mittwoch,
 21. Mai 2025, 15:00 – 17:00, Thaler-
 mühle

Protokoll: Monika + Renate

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN



FRAUEN*GESUNDHEIT

WIE WIR SIE NACHHALTIG FÖRDERN KÖNNEN

PODIUMSDISKUSSION MIT:

DR. MED. FRANZISKA PRÜTZ (RKI)

MARTINA STAMM-FIBICH (SPD)

DR. MED. FRANK HOFFMANN
(DISCOVERING HANDS)



MITTWOCH
28.05.2025
19:00 UHR



KREUZ & QUER
BOHLENPLATZ 1
91054 ERLANGEN

QR-CODE
SCANNEN UND
KOSTENLOS
ANMELDEN!



SPD Soziale
Politik für
Dich.

V.I.S.D.P.: SANDRA RADUE, FRIEDRICH-LIST-STRASSE 5, 91054 ERLANGEN